

# Beamte und Selbstständige gesetzlich absichern? Bertelsmann Stiftung steht im Kreuzfeuer der Kritik

Studie wirkt wie Angriff auf die private Krankenversicherung | Befürworter der Bürgerversicherung freuen sich

➔ Medical-Tribune-Bericht

**BERLIN – Die Ausweitung der gesetzlichen Versicherungspflicht auf Beamte und Selbstständige käme den öffentlichen Haushalten und der GKV zupass, stellt die Bertelsmann Stiftung in Studien fest. Dafür erntet sie jedoch heftige Kritik.**

belastet würden. Bundesärztekammer-Präsident Professor Dr. FRANK ULRICH MONTGOMERY sieht die Einheitsversicherung als „Turbolader für Zweiklassenmedizin“. Der Bundesvorsitzende des Beamtenbundes, KLAUS DAUDERSTÄDT, mo-

**Umsatzverluste bei Ärzten zu befürchten**

niert „viel Spekulation“. Eine Kostensteigerung bei der Beihilfe um 83 % sei schwer nachzuvollziehen, der Prognosezeitraum von 14 Jahren sei willkürlich gewählt.

Die Bertelsmann Stiftung spricht sich auch für eine Ausweitung der Kran-

kenversicherungspflicht auf hauptberuflich Selbstständige aus, deren Einnahmen unterhalb der Versicherungspflichtgrenze liegen. Eine 2016 veröffentlichte Teilstudie besagt, dass damit rund eine Mio. der derzeit rund 1,6 Mio. privat versicherten Selbstständigen zu GKV-Pflichtversicherten würde. Knapp 80 000

wechselten zudem vermutlich freiwillig in die kostengünstigere Sozialversicherung.

Den Leistungserbringern im Gesundheitsbereich drohen durch den Wegfall höherer PKV-Honorare jedoch finanzielle Einbußen. Die Studien beziffern den Umsatzverlust mit bis zu 1,9 Mrd. Euro. kol

Zwei Drittel der gut drei Mio. privat versicherten Beamten und Pensionäre würden laut Studie bei einer Ausweitung der gesetzlichen Versicherungspflicht auf Erwerbseinkommen unterhalb der Versicherungspflichtgrenze von 4237 Euro pro Monat (2016) zu gesetzlich Krankenversicherten werden. Darüber hinaus wechselten wahrscheinlich weitere 21 % aus finanziellen Gründen freiwillig in die GKV. Letztendlich wären insgesamt neun von zehn Beamten gesetzlich versichert. Die GKV könnte damit, so wird vorge-rechnet, Beitragsmehreinnahmen von über 15 Mrd. Euro verbuchen und damit den Beitragssatz um 0,34 Prozentpunkte senken. Der Gesundheitsexperte der Bertelsmann Stiftung, STEFAN ETGETON, ist überzeugt: „Je konsequenter die gesetzliche Versicherungspflicht umgesetzt wird, desto positiver sind die Effekte für die öffentlichen Haushalte.“

### **GKV-Mehreinnahmen von über 15 Millionen Euro**

Verfechter der Bürgerversicherung freut's: Die Politiker Professor Dr. KARL LAUTERBACH, SPD, und MARIA KLEIN-SCHMEINK, Grüne, bekräftigten ihre Forderungen. Als



„in hohem Maße unseriös“ kritisiert dagegen Hartmannbund-Chef Dr. KLAUS REINHARDT die Zahlen. Er erinnerte daran, dass die Böckler-Stiftung vor dem Verlust von 60 000 Arbeitsplätzen im Gesundheitswesen bei Abschaffung der PKV gewarnt hatte. PKV-Direktor Dr. VOLKER LEIENBACH moniert eine „unvollständige Datenauswahl“: Es sei absehbar, dass die GKV-Versicherten durch steigende Beitragssätze mittel- und langfristig wesentlich stärker

## Milliarden Euro zu sparen

„Den Bund würde das im ersten Jahr um 1,6 und die Länder um 1,7 Mrd. Euro entlasten. Bis 2030 würden die öffentlichen Haushalte von Bund und Ländern insgesamt mehr als 60 Mrd. Euro einsparen“, heißt es in der Studie zur Ausweitung der Versicherungspflicht auf Beamte. Die Länder müssten dann zwar den üblichen Arbeitgeberbeitrag für ihre Beamten zahlen. Das sei aber weniger als die bisher steuerfinanzierte Beihilfe, die durch die große Zahl an Pensionären mit hohen Krankheitskosten stetig anwachse. Die Studie der Bertelsmann Stiftung prognostiziert, dass unter den jetzigen Bedingungen bis zum Jahr 2030 die Jahresausgaben des Bundes um 46 % und die der Länder um 83 % steigen werden.